

Riesauer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Telegraphen-Adresse:
„Tageblatt“, Riesa.

Amtsblatt

Nummern-Preis
Nr. 20.

der Königl. Amtshauptmannschaft Großenhain, des Königl. Amtsgerichts und des Stadtraths zu Riesa.

Nr. 136.

Donnerstag, 15. Juni 1899. Abends.

52. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag Abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Vierteljährlicher Verkaufspreis bei Vorbestellung in den Expeditionen in Riesa und Straßburg oder durch unsere Agenten für den Preis 1 Mark 50 Pfg., bei Vorbestellung am Schalter der hiesigen Postanstalt 1 Mark 25 Pfg., durch den Verleger für den Preis 1 Mark 50 Pfg. Einzelnummern für die Kammer des Abgeordneten 50 Pfg. am Freitag 9 Uhr ohne Gewähr.

Druck und Verlag von Sanger & Winterlich in Riesa. — Geschäftsstelle: Rappentstraße 59. — Für die Redaktion verantwortlich: Hermann Schmidt in Riesa.

Aus Anlaß der bevorstehenden **Pionier-Eisenbahnbauten** haben wir beschlossen, 1. für den zwischen Weidauer Weg und den Speichern verlaufenden Theil des sogenannten **Pausen-Kommunikationsweges** die **südliche Straßenschnittlinie** festzulegen, und 2. den für das Gelände zwischen Weidauer Weg, Beststraße, Parzelle Nr. 949 des Flurbuchs und Pausen-Kommunikationsweg bestehenden **Bebauungsplan** durch Einziehung eines Theiles der verlängerten Georgstraße und durch Festlegung der Breite der verlängerten Maßstraße auf 14,90 m unter gleichzeitiger Verdrängung ihres größten Theiles **abzuschneiden**. Der zu beiden Beschlüssen angefertigte Plan Nr. 67 St. B. A. liegt vom 14. Juni bis zum 12. Juli 1899 wochentags von 8—12 und von 2—5 Uhr in der Rathskanzlei zur Einsicht aus. Widersprüche gegen den Plan sind innerhalb der angegebenen Frist schriftlich bei uns anzubringen. Nach Ablauf der Frist angebrachte Widersprüche haben keinen Anspruch auf Berücksichtigung.

Der Rath der Stadt Riesa, am 12. Juni 1899.
Bürgermeister **Doeters**.

Die zur Pflasterung der Kompagnie-Stellplätze an der Kaserne A zu Döbeln erforderlichen **Steinfeherarbeiten** sollen in öffentlicher Verdingung vergeben werden.

Verdingungsunterlagen liegen im Geschäftszimmer des Unterzeichneten, Riesa, Bahnhofstraße Nr. 8 zur Einsichtnahme aus und können Verdingungsansätze daselbst gegen Erstattung der Selbstkosten entnommen bezw. bezogen werden.

Angebote sind verschlossen und mit der Aufschrift: „Pflasterung der Kompagnie-Stellplätze der Kaserne A in Döbeln“ versehen bis Freitag den 23. Juni 1899 11 Uhr Vormittags postfrei an untenbezeichnete Stelle einzureichen, woselbst die Eröffnung in Gegenwart der erschienenen Diener erfolgen wird. Zuschlagsfrist 4 Wochen. Auswahl unter den Bietern bleibt vorbehalten.
Königl. Garnison-Baubeamter Riesa.

Kirchverpachtung.

Die diesjährige Kirchverpachtung an den hiesigen Communicationswegen soll **Samstags, den 17. Juni l. J., Abends 7 Uhr** im **Café zur „Stadt Riesa“** in Poppitz an den Meistbietenden nach Bedingung vergeben werden.
Poppitz, den 15. Juni 1899.
Frenzel, Gemeindevorst.

Derthiges und Sächsisches.

Riesa, 15. Juni 1899.

Die vom Konfessionsverein für Riesa und Umgegend für gestern, Mittwoch, Abend einberufene öffentliche Versammlung wurde von Herrn Apotheker Rake eröffnet. Derselbe begrüßte die Anwesenden, forderte etwa anwesende Mitglieder auf, die Versammlung zu verlassen und ertheilte das Wort Herrn Bürgermeister Hartwig. Derselbe dankte dem Konfessionsverein, daß er ihm Gelegenheit gebe, über seine Thätigkeit im Landtage Bericht zu erstatten. Eingehend legte der Herr Redner dar, wie man vor 18 Jahren, seit welcher Zeit er den 8 sächsischen Kreis vertritt, auf seine Kandidatur gekommen sei. Von zwei Gesichtspunkten aus habe man ihn damals be'auptet. Zuerst habe man ihm ehrgeizige Streben vorgeworfen, daß habe wohl die lange Zeit bewiesen, daß er der Alte geblieben sei. Sodann habe man an seiner Abhängigkeit als Beamter Anstoß genommen. Das hätte man ja aber jedem Beamten entgegen, der nicht unbedingt zur liberalen Fahne schwärze. Er, Redner, habe sich immer im Landtage die Unabhängigkeit gewahrt, selbstständig im Urtheil zu bleiben und die Bedürfnisse aller Stände des Wahlkreises im Auge zu behalten. Wie schon früher als Richter und später als Bürgermeister, habe er sich auch immer als Abgeordneter bemüht, die rechte Objektivität sich zu wahren. Nie habe er den einzelnen Ständen des Wahlkreises Versprechungen gemacht, sondern immer das Interesse des Ganzen betont. Die Hauptarbeit eines Abgeordneten liege in den Deputationen, deren es im Landtage fünf gebe, die je mit 10 Abgeordneten besetzt seien. Das erste Mal sei Repur in die Gesetzgebungsdeputation und beim 2. Landtage in die Finanzdeputation A gewählt worden. Das letzte Mal hätten ihn seine Parteifreunde zum ersten Sekretär der Kammer vorgeschlagen, doch habe er geteilt, davon abzusehen, um nicht den Sitz in der Finanzdeputation einzubüßen. Seit langen Jahren habe er aber Volks-Ansprüche entgegen. Es sei ersichtlich, was der Staat für die Erhaltung des Allgemeinen ausgeben. Von den 30 Millionen Verleer aus indirekten Steuern würden mehr denn 15 Millionen für die Fortbildung des Volkes verwendet, von den 10 Millionen des letzten außerordentlichen Etats noch abgesehen. Für die technischen und gemeinnützigen Anlagen würden 2 Millionen, für die höheren Schulen 1 1/2 Millionen, für die Hochschulen 2 1/2 Mill. und für Lehrerseminarien und Volksschulen 1 Mill. verwendet. Redner geht des Weiteren auf die Stellung der Volksschule in Staat und Gemeinde ein und erinnert an ein Wort des früheren Ministers Dr. Gumbel: Die Volksschule sei Sache der Gemeinde, wie es Sache jeder Familie sei, ihre Kinder zu erziehen, zu nähren, lieben und die nöthigen Unterrichtsmitel zu beschaffen. Danach müsse die Fürsorge der Regierung für Beschaffung des nöthigen Lehrpersonals und für Erhaltung neuer Seminare anerkannt werden. Im Interesse der Lehrer habe die Regierung auch im letzten Landtage eine Vorlage des Uebereinkommens der Alterszulagen auf die Staatskasse eingebracht. Die 2. Kammer habe die Vorlage fast einstimmig angenommen, doch habe sich die 1. Kammer ablehnend verhalten, da dort vor Allem die Vertreter jener größeren Städte mit über 25 Jahren seien, die mit einer Summe von 8500 Mark abgefunden werden sollten. Die

Mittel hierzu sollten durch den Ausbau der Erbschaftsteuer und durch eine Ergänzungsteuer zur Einkommensteuer gewonnen werden, die man Vermögenssteuer genannt habe. Erst sei sie von den Mitgliedern der Kammer verlangt, dann aber zurückgewiesen worden. Redner habe diesen Vorschlag nicht mit Macht, sondern sei für die Ergänzungsteuer gewesen, abweichend von seinen politischen Freunden. An der Hand eines übersichtlichen Zahlenmaterials zeigte der Herr Redner das Steigen der directen Steuersumme als einen Beweis für wachsenden Wohlstand und vorbereitete sich weiter über das Verhältnis der Grundsteuersumme in Stadt und Land. Von der Ueberlegung und Zusammenfassung des Landtags ausgehend, legte Herr Hartwig dar, wie in Folge des Wachstums der Einwohnerzahlen und der gesteigerten Einkommensteuersumme die Städte in Bezug auf die Zahl der Abgeordneten dem platten Land gegenüber im Nachtheil seien, doch werde auch hier nach Fertigstellung des neuen Gebäudeaufes eine Veränderung eintreten. Um einen ruhigen und geordneten Verlauf der Landtagsverhandlungen zu sichern, habe man vor einigen Jahren das Wahlgesetz geändert. Wohl betone gerade die äußerste Linie immer, vor dem Gesetze müßten alle gleich sein, doch habe man diesen Grundsatz durch die progressive Einkommensteuer durchbrochen. Die wohlhabenderen Stände brähten eine größere Leistung, darum sei es auch gerechtfertigt, wenn ihnen in bedingtem Maße ein größerer Einfluß im Parlamente zufalle. Zum Schluß wünscht Redner, daß sich auch in unserm Kreise das neue Wahlgesetz bewähren, und daß die Wahl im Interesse der Wohlfahrt des Landes und Volkes ausfallen möchte. Zur Debatte meldeten sich die Herren Matthes und Schreiber, die sich beide als Sozialdemokraten bezeichnen und gegen die Ausschüßungen des Referenten polemisirten. Sie wurden theils durch letzteren theils durch Herrn Apotheker Rake widerlegt. Schließlich schloß Herr Rake die Versammlung mit einem Hoch auf Sr. Maj. den König, nachdem er noch die Candidatur Hartwig warm empfohlen hatte. Man möge nicht einen Reuling wählen, sondern am bewährtesten Alten festhalten. Die Versammlung verließ in voller Ordnung.

Die Rosen im Juni, im Rosenmonat, der sich aber gegenwärtig gar nicht sehr „rosig“ zeigt. Unsere Tafeln zeigen die reigenden Rinder Floras, im Gärtel hängen ihre Köpfchen und in Büschen ziehen sie immer wieder unsere Blicke auf sich. Aber nur allzu schnell wird man an die „letzte Rose“, welche, wie alle ihre Geschwister, todtesmatt dahinstirbt, erinnern: Senken die Rosen die Köpfchen, so stelle sie schnell in helles Wasser: denn kaltes Wasser ist selbst im heißen Sommer kein Balsam für die blühenden Blumen, zumal Rosen. Man wird beobachten, wie schnell dieselben sich wieder beleben. Jeden Morgen gebe man ihnen frisches, helles Wasser mit etwas Salzgehalt, Krüge die Stiele und setze sie dem Lichte aus. Von anderer Seite wird gerathen, das Wasser nie ganz anzulassen, sondern einen Theil wegzuschütten und nur diesen durch frisches Wasser zu ersetzen. Am längsten halten sich Blumen, wenn man Rosen und Geranden mit Scheuerseife ansieht, den man seicht erpült, und die Blumen an den Stielen hinstreift. Es sind keine Wässer, mit denen man das Leben der Blumen verlängert, daher sind sie aber dankbar und spenden Duft und verbreiten Schönheit.

— Seit Jahren dräht man über eine Reform der

Eisenbahn-Fahrpreise. Doch will nichts zu Stande kommen. Jetzt treten abermals die Vertreter der deutschen Eisenbahnen zusammen. Schätz der Versuch abermals sei, so wird Süddeutschland, das des Hoffens und Gattens müde ist, einen Vorschlag. Der württembergische Minister v. Wittmann theilte auch bereits die Gesichtspunkte mit, aber die sich Deutschland im großen Ganzen einig ist: Es scheint sich bei der neuen Tarifrung im Wesentlichen um die Höhe der dachigen Kilo netterhste zu handeln. Man beabsichtigt das, trotz des wahrscheinlich zusätzl damit verbundenen Ausfalls von mehreren Millionen, folgenden gemeinsamen Tarif anzunehmen: 3. Klasse bisher für 1 Km. 3 1/2 Pfg., künftig 2,5 oder nur 2,3 Pfg. (in Preußen 4 Pfg.); 2. Klasse bisher 5,3 Pfg., künftig 4 Pfg. (in Preußen 6 Pfg.); 1. Klasse bisher 8, künftig 6 Pfg. (in Preußen 8 Pfg.). Die Einführung dieses Tarifs bedingt das Aufheben aller Ausnahmepreise. Es hätten daher wegzufallen alle Rückfahrkarten mit Preisermäßigung, die Sonntags- und Sommerkarten, die festen Rundreiselkarten, Gesellschaftskarten, Jahreshefte, Landeskarten, Kilo netterhste, ermäßigte zusammenstellbare Jahreshefte. Es bleiben die Schnellzugs-, Monats-, Schüler-, Arbeiter- und Arbeiter-Rückfahrkarten, die Militär- und Kinder-Fahrkarten.

Das Abschneiden der Rosen soll nicht erst dann geschehen, wenn sie verblüht sind, sondern während des schönsten Blühens. Dadurch wird der Rosenstock getränkt und wieder zur Bildung neuer Knospen angeregt. In der Zeit des Abblühens aber entzieht die Rose dem Stock die meiste Nahrung und schwächt ihn.

Das Geld ist theuer geworden. Das erzählt jetzt auch der sächsische Staat in schmerzlicher Weise. Vor einigen Jahren noch legte Sachsen seine 3-prozentigen Anleihen zu 92 Prozent auf. Jetzt muß es wieder 80 Millionen aufnehmen, erhält aber nur 83 1/2 Prozent. Der Kurs der bereits im Handel befindlichen sächsischen Rente sank in Folge dieser neuen Anleihe sofort um 1 Prozent. Mehr oder weniger erhebliche Einbußen erlitten auch alle übrigen festverzinslichen Fonds, insbesondere Reichsanleihen und preussische Consols, und die Gesamtsumme der Verleer. — In Leipzig, die „Berl. Börsenztg.“ — ist seitlich unter dem niederdrückenden Einfluß der Nachricht, daß die Regierung eines hochaltredireten deutschen Staates, dessen Anleihen Jahre lang höher als Reichsanleihen und preussische Consols bewertet wurden, sich zur Beschaffung einer Anleihe unter so ungünstigen Bedingungen entschlossen hat. Doch nicht genug damit, daß offener Zugeländnis der Geldmangel, das mit dem niedrigen Preis der sächsischen Anleihe zu Tage trat, wirkte auf alle anderen Verleergebiete; man entschloß sich zu Verkäufen und äherte dadurch mehr oder weniger ansehnliche Ueberbrückungen und in Industriepapieren herbei. Das Königl. sächs. Finanzministerium hat die 80 Mill. Mark 3 Prozent Rente an die Sächsische Bank und an die Dresdner Bank in Dresden, an die Allgemeine Deutsche Creditanstalt und an die Leipziger Bank in Leipzig, sowie an die Firmen S. Blocher in Berlin und R. v. Rothchild & Söhne in Frankfurt a. M. fest gegeben. Die genannten Häuser haben im Verein mit den ersten Banken und Bankhäusern ein Consortium gebildet und gebeten, den vorerwähnten Betrag sächsische Rente im Laufe nächster Woche zum Kurse von 85 Prozent anzulegen.